



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 28.03.2025

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 31. März 2025

Fokusthemen: Volkswirtschaft und Bau

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach der Wahl eines neuen Gerichtsmitglieds ausführlich über zwei Volksinitiativen zu Tempo 30 diskutieren. Nach der Zustimmung zu einem unumstrittenen Rahmenkredit für den ZVV wird der Rat über die Umsetzung einer PI zur Aufhebung der Kostenbeteiligung der Gemeinden bei Uferwegen debattieren. Sollte danach noch Zeit dazu sein, wird sich der Rat bis zur Mittagspause mit Vorstössen beschäftigen, welche die Volkswirtschaftsdirektion betreffen. Am Nachmittag steht zunächst die unumstrittene Abschreibung dreier Postulate an. Anschliessend wird der Rat bis zum Ende der Sitzung Vorstösse zu Bauthemen behandeln.

Umstrittene Volksinitiativen zu Tempo 30

Mit zwei längeren Debatten ist zu den traktandierten Volksinitiativen betreffend Tempo 30 zu rechnen. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, die «Mobilitätsinitiative» abzulehnen ([5947](#)). Bei der «ÖV-Initiative» beantragt sie mit 9 zu 6 Stimmen die Ablehnung und mit 10 zu 5 Stimmen, der Kantonsrat solle dem Stimmvolk einen Gegenvorschlag unterbreiten ([5948](#)).

Mit der Volksinitiative «Gemeinsam vorwärtskommen auf Hauptverkehrsachsen – Ruhe im Quartier (Mobilitätsinitiative)» soll die Zuständigkeit für Temporeduktionen (Tempo 30) in die unübertragbare Zuständigkeit des Kantons gelegt werden. Zudem soll die Herabsetzung der allgemeinen Höchstgeschwindigkeit so weit wie bundesrechtlich zulässig vermieden werden. Der Regierungsrat unterstützt die Volksinitiative. Die KEVU beantragt dem Kantonsrat indes, die Volksinitiative abzulehnen. Tempo 30 sei für die Bevölkerung entlang der betroffenen Verkehrsachsen grundsätzlich positiv zu beurteilen. Die Initiative verunmögliche aber eine situationsgerechte Berücksichtigung dieses Aspekts, weil sie Temporeduktionen von vornherein nur über kurze Strecken zulasse. Zudem sei die Übertragung der Zuständigkeit ein zu starker Eingriff in die Gemeindeautonomie von Zürich und Winterthur. Eine Minderheit (SVP, FDP, Mitte) beantragt Zustimmung zur Volksinitiative. Für sie behindert Tempo 30 auf Hauptstrassen auch den öffentlichen Verkehr und führt zu Verlagerungen des Verkehrs in die Quartiere. Eine weitere Minderheit (SP, GLP, EVP) beantragt dem Kantonsrat einen Gegenvorschlag. Dieser sieht vor, dass zwar der Kanton für Geschwindigkeitsanordnungen zuständig ist, diese Zuständigkeit aber an die Gemeinden übertragen werden kann. Im Gegensatz zur Initiative werden keine Vorgaben zur Streckenlänge von Geschwindigkeitsanordnungen gemacht.

Mit der «ÖV-Initiative» wird von den Gemeinden gefordert, dafür zu sorgen, dass der öffentliche Verkehr grundsätzlich weder durch bauliche Massnahmen noch durch Verkehrsanordnungen (Tempo 30) behindert oder verlangsamt wird. Die dadurch für den Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) anfallenden Mehrkosten sollen künftig die Gemeinden übernehmen. Der Regierungsrat lehnt die Volksinitiative ab, unterstützt jedoch deren Stossrichtung und hat einen Gegenvorschlag unterbreitet. Die KEVU lehnt den regierungsrätlichen Gegenvorschlag ab, spricht sich jedoch dafür aus, dass der Kantonsrat den Stimmberechtigten einen Gegenvorschlag unterbreitet. Über dessen konkrete Ausgestaltung wurde sie sich aber nicht einig, weshalb am Schluss keine einstimmige Unterstützung zustande kam. Der Gegenvorschlag der Kommission fokussiert bei Temporeduktionen in erster Linie auf kompensierende Massnahmen. Diese sollen verhindern, dass der ÖV ausgebremst wird. Alle Gemeinden entlang einer ÖV-Linie sollen miteinbezogen werden. Die finanzielle Kompensation ist durch die Strasseneigentümerinnen und -eigentümer zu leisten, kommt aber erst als letztes Mittel zum Zug. Eine Minderheit (FDP, SVP) beantragt Zustimmung zur Volksinitiative. Aus ihrer Sicht wird

damit klar geregelt, wer für allfällige Zusatzkosten wegen Tempo 30 aufkommen muss. Eine andere Minderheit (Grüne) erachtet den Einbezug aller betroffenen Gemeinden entlang einer Linie als nicht sinnvoll, da dies zu Rechtsstreitigkeiten unter den Gemeinden sowie zwischen den Gemeinden und dem ZVV führen könne. Für eine weitere Minderheit (SP) ist die Verrechnung der Mehrkosten an die Strasseneigentümerinnen und -eigentümer nicht verursachergerecht. Sie fordert deshalb die Deckung der Mehrkosten durch den Strassenfonds. Die letztgenannten Minderheiten (SP, Grüne) beantragen daher, neben der Volksinitiative auch den Gegenvorschlag abzulehnen.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Minderheiten:

Ueli Pfister (SVP, Egg), 076 547 27 56

Felix Hoesch (SP, Zürich), 079 409 05 92

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 076 488 28 55

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon), 078 676 79 73

ZVV-Rahmenkredit soll bewilligt werden

Keine lange Diskussion ist zum Rahmenkredit für den Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) für die Fahrplanperiode 2025/2026 zu erwarten. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Kredit zu bewilligen ([5971](#)). Der ZVV erfüllt seine Aufgaben innerhalb eines Rahmenkredits, der vom Kantonsrat für eine Fahrplanperiode von mindestens zwei Jahren festgelegt wird. Da ein Fahrplanjahr jeweils von Mitte Dezember bis Mitte Dezember des folgenden Jahres dauert und damit nahezu identisch ist mit dem Kalenderjahr, wird der Rahmenkredit jeweils für zwei Kalenderjahre bewilligt.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Vorschlag zur Aufhebung der kommunalen Kostenbeteiligung bei Uferwegen

Bei der Änderung des Strassengesetzes zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative (PI) betreffend «Keine Kostenbeteiligung für Gemeinden bei Uferwegen» von SP-Kantonsrat Jonas Erni ist mit einer angeregten Debatte zu rechnen. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) hat dem Kantonsrat einen Erlassentwurf zur Umsetzung der PI unterbreitet, mit der eine Aufhebung der Kostenbeteiligung von Standortgemeinden beim Bau von Uferwegen gefordert wurde ([KR-Nr. 196/2019](#)). Damit hat die Kommission den vom Kantonsrat im vergangenen November erteilten Auftrag erfüllt. Der Rat hatte damals mit 88 zu 87 Stimmen – entgegen dem Antrag der KPB – der PI zugestimmt und diese zur Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes an die Kommission zurückgewiesen.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Vorstösse zu Fleischherstellung und Arbeitsbedingungen am Flughafen

Sollte der Kantonsrat mit den vorangehenden Geschäften rascher vorankommen als erwartet, wird er bis zur Mittagspause auch ein paar Vorstösse behandeln, welche die Volkswirtschaftsdirektion betreffen. GLP-Kantonsrätin Nathalie Aeschbacher will, dass der Kanton Zürich zu einem Zentrum innovativer und zukunftsfähiger Fleischherstellung wird, und verlangt vom Regierungsrat einen Bericht, wie der Kanton ein attraktiver Standort für diese Produktion werden kann ([KR-Nr. 117/2023](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen. Weil die SVP den Vorstoss ablehnt, wird der Kantonsrat erst nach einer Debatte über die Überweisung entscheiden. Mit einer Interpellation hat SP-Kantonsrat Alan David Sangines dem Regierungsrat verschiedene Fragen zu den Arbeitsbedingungen am Flughafen Zürich gestellt ([KR-Nr. 225/2023](#)). Mit der Diskussion im Rat über die Antworten der Regierung ist das Geschäft erledigt.

Nathalie Aeschbacher (GLP, Zürich), 076 305 87 47

Alan David Sangines (SP, Zürich), alan.sangines@sp9.ch

Postulate zu Lärmsanierungen, Kreislaufwirtschaft und Solarstrom abschreiben

In der Nachmittagssitzung wird sich der Kantonsrat Themen widmen, welche die Baudirektion betreffen. Unumstritten wird die Abschreibung von vier Postulaten sein, welche auf einstimmigen Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) als erledigt abgeschrieben werden sollen. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Vorstoss vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Abgeschrieben werden sollen demnach folgende Postulate:

- «Lärmsanierung durch Temporeduktionen auf Staatsstrassen» von Grünen, SP, GLP und Mitte ([KR-Nr. 10/2020](#)): Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert, sämtliche Abschnitte der Staatsstrassen mit Überschreitung der Immissionsgrenzwerte unter Berücksichtigung der Lärmreduktion durch tiefere zugelassene Höchstgeschwindigkeiten neu zu beurteilen und gegebenenfalls entsprechend zu signalisieren.
- «Lärmsanierung durch Flüsterbeläge auf Staatsstrassen» von EDU, SVP und FDP ([KR-Nr. 122/2020](#)): Mit dem Postulat wurde vom Regierungsrat ein Bericht verlangt, wie eine Lärmsanierung der Staatsstrassen durch Flüsterbeläge (lärmarme Beläge) im Kanton Zürich umgesetzt werden könnte.
- «Digitalstrategie für die Kreislaufwirtschaft» der FDP ([KR-Nr. 414/2021](#)): Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, für den Kanton Zürich eine Digitalstrategie für die Kreislaufwirtschaft zu erarbeiten, damit durch die Erfassung, Identifizierung und Codierung nützliche Rohstoffe wiederverwendet werden können.
- «Solaroffensive II: Auf jedes Dach eine Photovoltaik-Anlage» der GLP ([KR-Nr. 91/2020](#)): Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, dafür zu sorgen, dass auf allen geeigneten Dächern von kantonalen Liegenschaften Photovoltaik-Anlagen gebaut werden.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Vorstösse zu Unisex-Toiletten, Mehrwegverpackungen, Brückensanierung und Rassismus

Im Anschluss an die Abschreibung der Postulate wird der Rat bis zum Sitzungsende Vorstösse behandeln, welche die Baudirektion betreffen. Als erstes entscheidet der Rat über die Überweisung eines Postulats von FDP-Kantonsrätin Sonja Rueff-Frenkel, mit dem sie verlangt zu prüfen, ob die Pflicht für geschlechtergetrennte Toiletten in Gaststätten und Clubs nicht gestrichen werden kann ([KR-Nr. 33/2023](#)). Der Regierungsrat aber will dem Sicherheitsbedürfnis der Frauen Rechnung tragen und lehnt den Vorstoss ab. Hingegen hat er sich bereit erklärt, das Postulat von SP-Kantonsrat Andrew Katumba entgegenzunehmen, der verlangt, eine Pflicht für Mehrwegverpackungen für Take-aways zu prüfen ([KR-Nr. 70/2023](#)). Der Rat diskutiert den Vorstoss, weil sich die SVP bei der ersten Traktandierung gegen die diskussionslose Überweisung gewehrt hatte. Anschliessend ist eine Interpellation zur Brückensanierung Eglisau traktandiert, die mit der Diskussion der Antwort des Regierungsrates dazu im Rat erledigt wird ([KR-Nr. 73/2023](#)). Ein seit längerem kontrovers diskutiertes Thema nimmt schliesslich die Motion «Keine rassistischen Kulturgüter im öffentlichen Raum» auf, die SP-Kantonsrätin Mandy Abou Shoak vertritt ([KR-Nr. 131/2023](#)).

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 076 488 28 55
Andrew Katumba (SP, Zürich) 079 336 28 82
Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach), 079 427 11 17
Mandy Abou Shoak (SP, Zürich), info@justhis.ch

Personelles:

Zu Beginn der Vormittagssitzung wird ein neues Mitglied des Sozialversicherungsgerichts in geheimer Wahl gewählt ([KR-Nr. 174/2024](#)). Der Wahlvorschlag der Interfraktionellen Konferenz (IFK) ist unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden.
Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Jürg Sulser, Kantonsratspräsident, 079 416 17 00
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12